

Resolution für den Parteikonvent

Unsere Demokratie stärken.

Demokratie ist die Grundlage für Freiheit, Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Nur in einer starken und lebendigen Demokratie können Menschen ihre Wünsche und Interessen frei artikulieren und gemeinsam – auch im Konflikt – friedlich in der Gesellschaft umsetzen. Demokratie ist jahrhundertlang erkämpft worden. Und auch heute noch sterben Menschen in ihrem Einsatz für Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit. Viele Millionen Menschen auf der Welt sind noch dabei, demokratischen Fortschritt zu erkämpfen. Und auch in Deutschland ist es gerade einmal 25 Jahre her, dass Menschen für ihre Freiheit gekämpft haben. Heute sind Europa und Deutschland Vorbilder des politischen Fortschritts, trotz aller Mängel und Probleme.

Politische Willensbildung in Parteien und in gesellschaftlichen Initiativen ist eine tragende Säule für eine starke Demokratie. Wahlkämpfe und Wahlen sind Festtage der Demokratie. Dieses demokratische Grundverständnis wollen wir erneuern.

Über viele Jahre beobachten wir in Deutschland aber auch in anderen europäischen Demokratien, dass sich immer weniger Menschen an den Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen beteiligen. Einzelne Ausnahmen haben diesen Trend bislang nicht umkehren können. Auch bei den Landtagswahlen im vergangenen und in diesem Jahr ist die Wahlbeteiligung noch weiter gesunken, teilweise beobachten wir absolute negative Rekord-Werte.

Wahlbeteiligungen von knapp unter 50 Prozent wie zuletzt bei der Landtagswahl in Bremen werfen die Frage nach der Legitimation der politischen Repräsentation auf.

Dabei ist ein Trend besonders dramatisch und inakzeptabel: Je sozial schwieriger die Lebensverhältnisse in einem Wahlbezirk, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Auch ein geringeres Bildungsniveau verstärkt Wahlenthaltung. Die sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland geht einher

mit einer sozialen Spaltung der Wählerschaft. Die Wahlergebnisse in Deutschland sind im Blick auf die Sozialstruktur der Wählerschaft nicht mehr repräsentativ.

Politik und Wahlen erscheinen heute vielen Menschen als fremde Welt. Während sich viele aus den sozial schwächeren Schichten der Bevölkerung von der Politik abwenden, wächst die Politikverachtung bei vermeintlichen Intellektuellen und in wohlhabenderen Kreisen. In den oberen Etagen macht sich eine Haltung breit, die Wahlenthaltung als „coole“ Protesthaltung zelebriert.

Überparteiliche Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung

Dies sind allesamt dringende Gründe für die SPD, eine breite, überparteiliche Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung zu fordern. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen nicht tatenlos bleiben und uns gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien auf Bundes- und Länderebene dafür einsetzen, dass sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger aktiv an Wahlen und aktiv am politischen Leben insgesamt beteiligen. Eine starke Wahlbeteiligung stärkt die Legitimation von Politik und Institutionen, kann Vertrauen erneuern helfen und sorgt auch dafür, dass rechtsextreme und -populistische Parteien weniger Chancen auf den Einzug in die Parlamente haben.

Wir haben allen im Bundestag vertretenen Parteien, sowie der FDP, eine „Gemeinsame Initiative zur Steigerung der Wahlbeteiligung“ vorgeschlagen, die auch gesellschaftliche Akteure wie z.B. Gewerkschaften, Verbände, NGOs, Kirchen und Unternehmerverbände einbeziehen soll. Gemeinsam mit den demokratischen Parteien auf Bundesebene wollen wir Maßnahmen entwickeln, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen und unsere Demokratie zu stärken. Den Sachverstand der Wissenschaft beziehen wir mit ein.

Zugleich werben wir in Öffentlichkeit und Medien für eine breite Diskussion über unsere demokratische politische Kultur. Dabei wollen wir uns auch offen und lernbereit zeigen für Kritik an den Parteien. Die demokratischen Parteien haben eine Mitverantwortung dafür, dass möglichst viele Menschen zur Wahl gehen. Sie haben eine Verpflichtung, ihren Verfassungsauftrag der Willensbildung durch deutliches programmatisches Profil, klare Sprache und verantwortliches Handeln umzusetzen. Sie leben vom Vertrauen der Bürger und unterliegen ihrer Kontrolle. Politik, Parteien und die handelnde Personen müssen sagen, was sie tun und tun, was sie sagen.

Nichts ist alternativlos. Parteien und Politikerinnen und Politiker müssen das Vertrauen der Menschen durch verantwortliche Entscheidungen nach klaren Maßstäben rechtfertigen können. Politik ist für die Menschen da – nicht umgekehrt. Verbesserte Transparenz-Regeln für Abgeordnete sind ein wichtiger Schritt, ein umfassender Verhaltenskodex sowie ein Register für den Lobbyismus sind noch zu schaffen. Auch eine Erweiterung öffentlicher Informationsrechte und eine verbesserte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in unterschiedliche Planungsprojekte steht weiter auf der Agenda.

Partizipation und Integration sind zentrale Zukunftsaufgaben der modernen Gesellschaft. Trotz sinkender Wahlbeteiligung gilt: Große Mehrheiten in der Bevölkerung wünschen nicht weniger, sondern mehr demokratische Teilhabe. Auch durch transparente Verfahren der Bürgerbeteiligung und direkte Abstimmungen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene wollen die Menschen partizipieren. Demokratische Partizipation kann dabei nicht ohne die Stärkung sozialer Teilhabe verbessert werden. Ohne die Verminderung und Überwindung sozialer Spaltungstendenzen in der Gesellschaft laufen demokratische Verfahren Gefahr, nur noch als Instrumente für Privilegierte zu erscheinen.

Nicht zuletzt erfordert die Realität der Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland im Herzen der Europäischen Union eine demokratische politische Willkommens- und Anerkennungskultur, die Integration und Beteiligung für Migrantinnen und Migranten erleichtert und zugleich der Stärkung eines positiven Bezuges zu unserer Verfassung und unserem Gemeinwesen dient. Wir wollen, dass viel mehr hier lebende ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben und sich an der Politik beteiligen. Demokratische Teilhabe gehört untrennbar zur Integration.

Handlungsvorschläge für mehr Wahlbeteiligung und eine erneuerte politische Kultur entwickeln

Wählen ist auch ein sozialer Akt. Eine Debatte über Instrumente allein oder politische Kosten-Nutzen-Rechnungen werden dem Anspruch an eine gute demokratische Kultur nicht gerecht. Es reichen deshalb auch nicht moralisierende Appelle. Menschen werden am meisten in ihrer Lebenswelt über Familie und Freunde motiviert, wählen zu gehen. Wahlen gehören zurück ins Alltagsleben. Zeitliche und räumliche Flexibilität gehört zu den gewachsenen Ansprüchen der Menschen. Wir müssen es ihnen so einfach wie möglich machen, ihre politischen Interessen bei Wahlen zu artikulieren. Wir müssen das Wählen und die Wahlurne besser in die gewandelte Alltagskultur der Menschen integrieren. Bei allem muss klar sein: Jede Stimme zählt. Es bewirkt etwas, wählen zu gehen.

Dabei können zunächst in einem ersten Schritt eine Reihe von einfachen, wirksamen und positiven Maßnahmen helfen, die ohne großen Streit und Gesetzesreformen auskommen. Dies sind vor allem Vorschläge, die zu einer Verbesserung der Information und der Motivation beitragen und das Verständnis bzw. die Akzeptanz der Wahlkämpfe sowie die Aufmerksamkeit für die Bedeutung von Wahlen erhöhen. In einem zweiten Schritt müssen Reformen des Wahlsystems geprüft und eingeleitet werden, die Hürden absenken und die Stimmabgabe alltagstauglich erleichtern. Ein dritter Schritt wäre die Ergänzung demokratischer Verfahren in der parlamentarischen Demokratie durch Elemente wie Volksabstimmungen.

Insbesondere junge Menschen müssen wir noch stärker in den Blick nehmen. Um für Demokratie zu begeistern, müssen wir Schulen und Hochschulen zu Orten der gelebten Demokratie machen. Diskussionen und politische Veranstaltungen müssen überall selbstverständlich sein. Nur so kann politische Willensbildung schon früh beginnen und das Bewusstsein, mit der eigenen Stimme Einfluss zu nehmen, wachsen. Daneben sind für die Demokratieerziehung von jungen Menschen die Landeszentralen und die Bundeszentrale für Politische Bildung von großer Bedeutung. Diese gilt es zu stärken.

Bei den für die Steigerung der Wahlbeteiligung wirksamen Vorschlägen sind sowohl die zeitliche Ausweitung der Stimmabgabemöglichkeit als auch die Einrichtung mobiler Wahlstationen besonders relevant. Ziel ist hier, den Bürgerinnen und Bürgern alltagspraktisch erleichterte Wege zur

Stimmabgabe zu eröffnen. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen frühere und mobile Stimmabgaben bestehen nicht.

Wir wollen die Gespräche mit den anderen Parteien ergebnisorientiert und konstruktiv fortsetzen. Gemeinsam wollen wir ein Zeichen setzen für ein Mehr an Partizipation und für die Wertschätzung unserer Demokratie. Dabei wollen wir auch einen öffentlichen Dialog anregen, in dem Expertinnen und Experten gehört und gesellschaftliche Akteure wie Verbände, Glaubensgemeinschaften und NGOs beteiligt werden.

Am Ende des Prozesses sollte ein konkretes Maßnahmenpaket stehen, zu dessen Umsetzung sich die Parteien auf den jeweiligen Ebenen verbindlich verpflichten.

Bis zu unserem Bundesparteitag im Dezember wollen wir innerparteilich und öffentlich über die Initiative diskutieren und neue Vorschläge und Meinungen mit einbeziehen. Dazu wird der Parteivorstand ab August entsprechende Materialien vorbereiten und Veranstaltungen in den Landesverbänden und Bezirken begleiten.

Die bereits vorliegenden Ergebnisse unserer Arbeitsgruppe beim SPD-Parteivorstand sollen der Partei dabei ebenfalls zur argumentativen Unterstützung dienen. Im Dezember werden wir dann die Ergebnisse unserer Beratungen als umfassende Beschlussvorlage zur „Stärkung unserer Demokratie“ dem Bundesparteitag vorlegen.